

70 Argumente gegen Atomenergie

Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien

NACHHALTIGER FORTSCHRITT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

ALLGEMEIN

SOLIDARISCHE BÜRGERGEMEINSCHAFT UND DEMOKRATISCHER STAAT

NEUE WERTSCHÖPFUNG UND GUTE ARBEIT

DER VORSORGENDE SOZIALSTAAT

EINE FRIEDLICHE, FREIE UND GERECHTE WELTORDNUNG

DAS SOZIALE UND DEMOKRATISCHE EUROPA

NACHHALTIGER FORTSCHRITT



05	Vorwort
07	Argumente zu den Kosten
10	Argumente zu Sicherheit und Gesundheit
16	Argumente zum Atommüll
18	Argumente zur Versorgungssicherheit
21	Argumente zum Klimaschutz
23	Argumente zur Wirtschaftlichkeit
25	Fazit

Vorwort



Marco Bülow MdB

Sprecher der AG Umwelt, Naturschutz,
Reaktorsicherheit
der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
eine sichere, nachhaltige Energieversorgung ist eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Leider wird die aktuelle Debatte zunehmend auf die Frage nach der Nutzung der Atomenergie reduziert. Wie schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts die „friedliche Nutzung“ der Atomenergie, so wird nun

deren „Renaissance“ als Allheilmittel zur Lösung unserer Zukunftsprobleme angepriesen.

Anfänglich wurden große Hoffnungen in die Nutzung der Atomenergie gesetzt. Diese Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Dafür wurden die Gefahren und Nachteile immer offensichtlicher. Dies führte dazu, dass die Nutzung der Atomenergie die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland über Jahrzehnte tief gespalten hat: Wyhl, Brokdorf, Wackersdorf und Gorleben sind Synonyme für diese Auseinandersetzung. Der Reaktorunfall von Harrisburg, die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und viele weitere Pannen und Unfälle haben die Unbeherrschbarkeit der Atomenergie offenbart.

Die SPD beschloss auf ihrem Parteitag in Nürnberg 1986 den Ausstieg aus der Atomenergie. Die rot-grüne Bundesregierung hat im Jahr 2000 gemeinsam mit den Energiekonzernen den Konsens über den Ausstieg aus der Atomenergie ausgehandelt und mit der Novelle des Atomgesetzes umgesetzt. Hierbei handelt es sich um einen Kompromiss zwischen unterschiedlichen Positionen.



Christoph Pries MdB

Berichterstatter Atomenergie
der SPD-Bundestagsfraktion

Der Koalitionsvertrag der Großen Koalition von 2005 sieht vor, dass die geltende Rechtslage zur Nutzung der Atomenergie nicht verändert wird. Und die SPD-Bundestagsfraktion hält auch in der Zukunft am Ausstieg aus der Atomenergie fest.

Das Atomgesetz in seiner derzeit geltenden Fassung untersagt den Neubau von Atomkraftwerken, ordnet den bestehenden Anlagen fest definierte Reststrommengen bis zur Abschaltung zu und regelt die Möglichkeiten der Energiekonzerne zur Übertragung von

Reststrommengen. Dabei ist als Regelfall nur die Übertragung von Reststrommengen von älteren auf neuere Anlagen vorgesehen. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Bundesumweltministers.

Die Vertreter der Energiekonzerne haben sich im Jahr 2000 ebenso wie die Bundesregierung dazu verpflichtet, den Inhalt des Atomkonsenses dauerhaft umzusetzen. Ungeachtet dieser Zusage fordert die Atomlobby aus Energiekonzernen, CDU/CSU und FDP die Weiternutzung der Atomenergie und täuscht dabei die Öffentlichkeit. Mit einer millionenschweren PR- und Öffentlichkeits-Kampagne wird versucht, die Hochrisikotechnologie Atomenergie zur „Öko-Energie“ umzudeklarieren und die Bürgerinnen und Bürger zu täuschen.

Hinter der Fassade von Klimaschutz, Versorgungssicherheit und günstigen Strompreisen verbirgt sich allein die Hoffnung auf zusätzliche Gewinne in Höhe von mehr als fünf Milliarden Euro pro Jahr verlängerter Laufzeit. Die zusätzlichen Einnahmen der Betreiber kommen aber nicht dem Verbraucher zu Gute, sondern nur den Unternehmen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat 70 Argumente zusammengetragen, die klar machen, warum Atomenergie aus ökonomischen, ökologischen und sicherheitspolitischen Gründen keine Zukunft mehr hat.

Mit freundlichen Grüßen

Marco Bülow

Christoph Pries

Argumente zu den Kosten

1. Atomstrom ist für die Betreiber der Atomkraftwerke (AKW) günstig, weil die AKW abgeschrieben sind und der Steuerzahler die Atomenergie mit (je nach Schätzung) 45 bis 100 Milliarden Euro subventioniert hat. Die Bürgerinnen und Bürger profitieren aber nicht von den günstigen Produktionskosten für Atomstrom. Es erhöhen sich lediglich die Gewinne (bis zu 300 Millionen Euro pro AKW und Jahr) der vier großen Energiekonzerne.
 - In Baden-Württemberg, dem Bundesland mit dem höchsten Atomstromanteil (ca. 55 Prozent), ist der Strompreis nicht niedriger als in anderen Regionen Deutschlands.
 - Obwohl Deutschlands größter AKW-Betreiber e.on 2007 einen Überschuss von 5,1 Milliarden Euro erzielt hat, erhöhte das Unternehmen die Strompreise zum 1. Januar 2008 um bis zu 10 Prozent.
2. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion möchte die Stromverbraucher entlasten, indem sie die AKW-Laufzeiten um mindestens 15 Jahre verlängert. Die vier großen Energiekonzerne sollen im Gegenzug 40 der auf 75 bis 90 Milliarden Euro geschätzten Zusatzgewinne in einen Fonds zur Entlastung der Stromkunden einzahlen. Nur haben weder die Kraftwerksbetreiber diesem Vorgehen zugestimmt, noch dürfte das Aktienrecht einen freiwilligen Gewinnverzicht zulassen. Selbst wenn sich die Träume der Union von den selbstlosen

Energieunternehmen tatsächlich erfüllen sollten, entspräche die durchschnittliche Kostensenkung für einen Haushalt nach Angaben der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) ca. 8,75 Euro pro Jahr. Dies liegt selbst unter der jährlichen Einsparung, die man mit dem Einsatz einer einzigen Energiesparlampe erreichen kann (zwischen 10,80 Euro und 14,40 Euro).

3. Die öffentliche Hand bleibt auf einem großen Teil der nicht abschätzbaren Folgekosten der Atomenergie sitzen: Kosten für die Atomaufsicht, gescheiterte und aufgegebenen Projekte (bisher ca. 9 Milliarden Euro), die atomaren Hinterlassenschaften der DDR (mind. 12 Milliarden Euro) und die Deckung der Restrisiken. Allein die Mehrkosten für den Rückbau der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK) belaufen sich auf ca. 1 Milliarde Euro.
4. Durch die Endlagersuche entstehen dem deutschen Steuerzahler Kosten:
 - Endlagerforschung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi): 608 Millionen Euro (von 1973 bis 2005)
 - „Asse II“: 850 Millionen Euro (bis zum Jahr 2017 vorgesehen)
 - „Schacht Konrad“: ca. 1,8 Milliarden Euro bis zur Inbetriebnahme (davon öffentliche Hand: 33,6 Prozent)
 - Gorleben: 1,5 Milliarden Euro (von 1977 bis 2007, davon öffentliche Hand: 11,52 Prozent)



5. Durch Castortransporte entstehen dem deutschen Steuerzahler Kosten: Die deutsche Atomwirtschaft wird nicht an den Einsatzkosten der Polizei oder anderer Hilfsorganisationen beteiligt. Allein dem Land Niedersachsen sind durch die Transporte laut Landesrechnungshof zwischen 1996 und 2004 Kosten von 218 Millionen Euro entstanden. Insgesamt erwarten den Steuerzahler Kosten in Milliardenhöhe. Bei längerer Laufzeit müsste noch mehr Atom Müll transportiert werden, d. h. noch mehr Kosten fielen an.
6. Kernbrennstoffe werden im Gegensatz zu anderen Energieträgern wie Öl, Gas und Kohle nicht besteuert. Dies wären z. B. im Jahr 2005 zusätzliche Einnahmen in Höhe von 1,63 Milliarden Euro gewesen, wenn man eine Besteuerung von nur einem Cent/kWh ansetzt.
7. Die beliebig verwendbaren steuerfreien Rückstellungen in Höhe von derzeit rund 26 Milliarden Euro stellen ein jahrzehntelanges zinsloses Darlehen für die AKW-Betreiber dar, welches z. B. für die Übernahme von Wettbewerbern eingesetzt wird. Dies verstärkt den ohnehin bestehenden Konzentrationsprozess in der Stromwirtschaft, welcher u. a. ein Grund für die enormen Strompreissteigerungen ist. Dieses Steuerprivileg beläuft sich laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) auf mindestens 175 Millionen Euro im Jahr.
8. Dadurch, dass Rückstellungen beliebig verwendbar sind, ist es nicht auszuschließen, dass diese durch Kurs- oder Konkursrisiken zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme nicht mehr zur Verfügung stehen und gegebenenfalls die öffentliche Hand die Kosten für Rückbau und Endlagerung tragen muss.
9. Durch die gesetzlich festgelegte niedrige Deckungsvorsorge der AKW-Betreiber pro Schadensfall (nicht pro Reaktor!) von 2,5 Milliarden Euro werden diese von den wirklichen Haftungsrisiken quasi freigestellt. Das Restrisiko liegt beim Steuerzahler. Eine alle Risiken abdeckende Haftpflicht würde zur Unwirtschaftlichkeit der Atomkraftwerke führen.
10. Der GAU von Tschernobyl hat auch für Deutschland hohe Kosten verursacht:
 - Sanierung der Stahl-/ Betonummantelung um den Reaktorblock: mindestens 87,5 Millionen Euro
 - Hilfe des Bundes für die heimische Landwirtschaft wegen unmittelbarer Folgen des Unfalls: 238 Millionen Euro

11. Durch internationale Verpflichtungen im Bereich Atomenergie entstehen dem deutschen Steuerzahler Kosten. Beispiele:
 - Deutscher Internationale Atomenergieorganisation (IAEO)-Mitgliedsbeitrag 1957-2008: 665 Millionen Euro
 - Deutscher Anteil an EURATOM 2008: 73 Millionen Euro
-

Argumente zu Sicherheit und Gesundheit

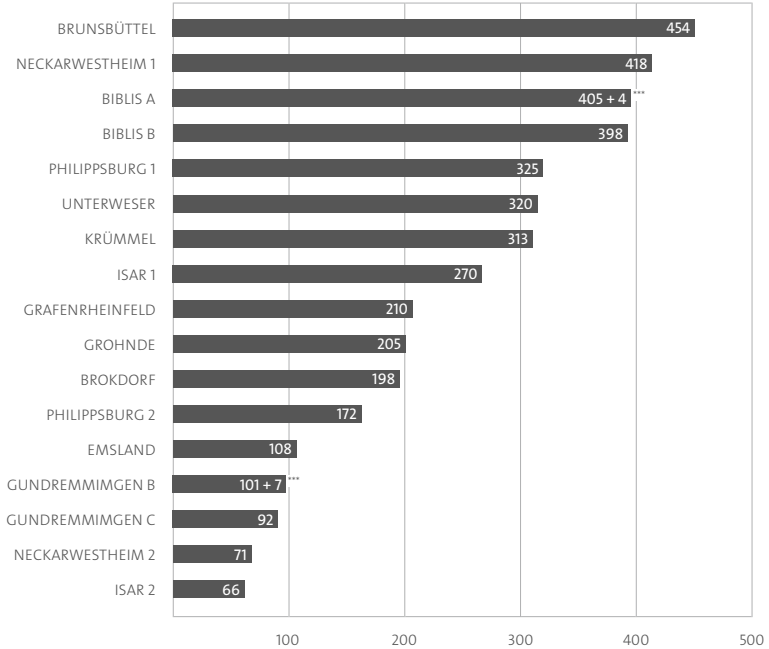
12. Die Reaktoren wurden für eine Laufzeit von 25, nicht 40 oder 60 Jahren konzipiert. Die Sicherheit des Anlagenbetriebs nimmt mit längerer Laufzeit ab, denn auch Reaktoren altern (Korrosion, Risse an der Oberfläche oder an Schweißnähten im Reaktordruckbehälter, Materialermüdung). Mit zunehmenden Reparaturen und Nachrüstungen verlängern sich die Ausfallzeiten, die sichere Leistung sinkt.
13. Die Aussage, alte Atomkraftwerke seien genauso sicher wie neue, ist falsch. Alte AKW sind trotz aller Nachrüstungen allein aufgrund der Baukonstruktion (keine Kuppelform, unterschiedliche Wanddichten der Reaktordruckbehälter etc.) weniger sicher als neuere. Deshalb ist der Vorschlag der Betreiber, ausgerechnet die älteren Atomkraftwerke länger laufen zu lassen und dafür die neueren früher abzuschalten, verantwortungslos.
14. Menschliches Versagen kann nirgendwo gänzlich ausgeschlossen werden. Routinenachlässigkeiten im Umgang mit Atomtechnologie können aber fatale Folgen haben.
15. Auch neue Atomreaktoren sind nicht so sicher, wie von den Herstellern behauptet. Dass beim Europäischen Druckwasserreaktor (European Pressurised Reactor - EPR) die Unfallfolgen auf das Innere des Reaktors beschränkt bleiben, wird von Atomkraftgegnern bezweifelt. Beim finnischen EPR-Reaktor-

neubau Olkiluoto 3 konnte Greenpeace 700 eingebaute Sicherheitsmängel in einem dreiviertel Jahr Bauzeit finden. Selbst die finnische Strahlenschutzbehörde hat eingeräumt, dass der gesamte AKW-Neubau viel schwerer sei, als anfänglich geglaubt.

16. Die Betreiber verzögern (wie z. B. in Brunsbüttel) Sicherheitsuntersuchungen, da sie sehr wohl wissen, dass sicherheitstechnische Nachrüstungen nötig sind. Wirtschaftlicher Gewinn der Unternehmen geht also vor Sicherheitsgewinn für die Bevölkerung.
17. Unabhängigen Gutachtern wird kein Zugang zu Atomkraftwerken gewährt. Obwohl die Bevölkerung ein Recht auf Transparenz bei Sicherheitsbelangen von AKW hat, werden Sicherheitsfragen von den Betreibern als Geschäftsgeheimnis deklariert. Warum verhindern die Betreiber den Zugang, wenn sie der Überzeugung sind, dass ihre AKW sicher seien?
18. Die Zahl der Mitarbeiter in AKW bzw. Energieversorgungsunternehmen sowie der Wissenschaftler im Bereich AKW-Sicherheit ist seit den Boomzeiten in den 70er Jahren stark gesunken. Es werden immer häufiger unzureichend ausgebildete Zeitarbeiter beschäftigt.
19. Stetige Vorfälle und Sicherheitslücken zeigen, dass deutsche AKW keinesfalls störungsfrei und zuverlässig laufen. Brunsbüttel und Krümmel sind Beispiele hierfür.
20. Auch in anderen westlichen Ländern, in denen behauptet wird, man habe die sicherste Technologie der Welt, und deren Atomkraftwerke mit den deutschen vergleichbar sind, kommt es zu erheblichen Zwischenfällen. Die Liste ist lang. Hier nur drei Beispiele:
 - In Großbritannien lief 2007 zeitweise nur ein AKW einwandfrei.
 - In Schweden kam es 2007 im AKW Forsmark zu einem ersten Störfall.
 - Im französischen AKW Tricastin entwich im Sommer 2008 radioaktive Flüssigkeit.
21. Es gab bisher keinen ausreichenden internationalen Informationsaustausch zwischen den Betreibern und den Herstellern von Atomkraftwerken. So war beispielsweise ein Teil der Sicherheitsprobleme im schwedischen AKW Forsmark bereits in einem finnischen Atomkraftwerk erkannt und beseitigt worden. Die Information darüber war aber nicht bei den Betreibern anderer europäischer Atomkraftwerke angekommen.

Sicherheitsrisiko Atomkraft *

Zahl der meldepflichtigen Zwischenfälle ** seit Inbetriebsetzung



* Quelle: Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Stand 30.09.2008

** nach der internationalen Bewertungsskala INES bisher nur Zwischenfälle der Stufe 0 (geringe sicherheitstechnische Bedeutung), 1 (Abweichung vom sicheren Betrieb) und 2 (Störfall)

*** Ereignisse in gemeinsamen Einrichtungen der Doppelblockanlage

22. Es gibt keine andere Technologie mit einem vergleichbaren Gefährdungspotenzial wie die Atomenergie. Kommt es einmal zu einem GAU in einem Atomkraftwerk, sprengt das Ausmaß der Zerstörungen und Folgen jeden Vergleich. Auch wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit gering ist, so kann der Schadensfall nicht ausgeschlossen werden. Radioaktive Strahlung macht nicht an nationalen Grenzen Halt.
23. Mit jedem zusätzlichen AKW und mit jedem zusätzlichen Jahr Betriebszeit erhöht sich die relative Wahrscheinlichkeit eines GAUs.

24. Tschernobyl dokumentiert, welche Folgen ein GAU hat:

- In der Ukraine leiden noch immer 2,4 Millionen Menschen an den Folgeschäden.
- 40 Prozent der Wälder dort sind verseucht.
- Die Zahl der Todesopfer ist bis heute umstritten. Genannt werden zwischen 4.000 (Internationale Atomenergieorganisation) und 100.000 Todesopfern (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges).
- Krebserkrankungen bei Kindern sind in den betroffenen Gebieten massiv gestiegen.
- Der volkswirtschaftliche Schaden beträgt mehrere hundert Milliarden US-Dollar.

25. Ein GAU im dicht besiedelten Deutschland bzw. West-Europa würde tragische menschliche Folgen haben. Große Teile des Landes wären nicht mehr bewohnbar. Zudem wäre der volkswirtschaftliche Schaden verheerend.

26. Neben den genannten Schäden sind auch die psychischen Folgen nicht zu unterschätzen, welche sich durch die Möglichkeit späterer strahlungsbedingter Erkrankungen, durch Einbußen wirtschaftlicher Existenzgrundlagen oder durch die Umsiedlung aus den kontaminierten Gebieten in andere Regionen ergeben. In der wenig dicht besiedelten Ukraine wurden immerhin mehr als 300.000 Menschen umgesiedelt.

27. Die epidemiologische Studie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken kommt zu dem Ergebnis, dass das Risiko für Kinder unter fünf Jahren



an Leukämie zu erkranken zunimmt, je näher ihr Wohnort an einem Atomkraftwerk Standort liegt. Ob die erhöhte Zahl an Leukämieerkrankungen tatsächlich auf die Atomkraftwerke zurückzuführen ist, kann nach derzeitigem Wissensstand noch nicht endgültig geklärt werden. Das Ergebnis gibt auf jeden Fall Anlass zur Sorge.

28. Nach Ansicht des Bundesinnenministeriums hat sich die Wahrscheinlichkeit eines Flugzeugabsturzes auf ein AKW deutlich erhöht. Man kann seit dem 11. September 2001 nicht mehr – wie in den 70ern und 80ern - von einem zu vernachlässigenden Restrisiko sprechen.
29. Eine Studie der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) kommt zu dem Ergebnis, dass keines der deutschen AKW hundertprozentigen Schutz vor Terrorangriffen aus der Luft bietet. Zehn Atomkraftwerke würden bei einem Kamikazeangriff schwere Schäden bis zu einer Kernschmelze davontragen. Auch bei den sieben moderneren Druckwasser-Reaktoren, deren Betonhüllen dem Flugzeugaufprall wahrscheinlich standhalten würden, wären die Folgen im Inneren der Anlage durch die Erschütterungen nicht absehbar. Potenzielle terroristische Anschlagziele stellen auch die derzeit oberirdisch auf dem Gelände der jeweiligen Atomkraftwerke „gelagerten“ und lediglich durch einen Spezialbehälter geschützten abgebrannten Brennelemente dar.
30. Es kann bisher nicht nachgewiesen werden, dass wenigstens der neueste Atomkraftwerkstyp EPR (European Pressurised Reactor) einem Terrorangriff aus der Luft standhält.
31. Die Betreiber haben bisher kein schlüssiges Sicherheitskonzept gegen Terrorangriffe aus der Luft vorgelegt. Eine Vernebelung der Anlagen allein ist nicht ausreichend, da sie nur für kurze Zeit möglich ist und mit moderner Navigationstechnik (GPS etc.) unterlaufen werden kann. Das Bundesverfassungsgericht hat zudem den Abschuss von entführten Verkehrsflugzeugen untersagt.
32. Atomenergie deckt nur einen Anteil von ca. 2,5 Prozent des weltweiten Endenergieverbrauchs. Wollte man mit Atomenergie einen nennenswerten Beitrag zur weltweiten Energieversorgung leisten, müsste man mehr als tausend AKW bauen, davon etliche in Ländern, die definitiv als politisch unzuverlässig oder instabil gelten.
33. Die Hochrisikotechnologie Atomenergie bedarf einer reibungslos funktionierenden Atomaufsicht. Durch ausgeprägte Obrigkeitshörigkeit und Korruption besteht in Staaten mit autoritären Regimen daher ein sehr hohes Sicherheitsrisiko. Nicht eingestandene Konstruktionsfehler oder aus politischer Gefälligkeit verschlammte Kontrollen können Tausende das Leben und die Gesundheit kosten. Es fehlen unabhängige Institutionen, die die Atomkraftwerksbetreiber kontrollieren. Niemand wird in einem Land Sicherheitsbedenken anmelden, in dem die politische Führung Atomenergie zur Prestigefrage gemacht hat. Man kann diese Staaten nicht von der Atomenergienutzung abhalten, wenn man sie selbst vorantreibt.

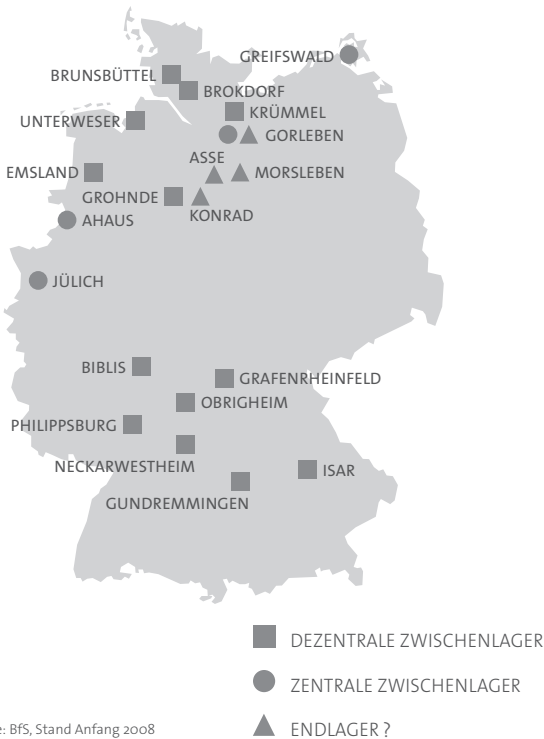
34. Die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie schafft eine für militärische Zwecke nutzbare Infrastruktur. Verschiedene Länder haben zivile Atom-Programme angekündigt. Es ist kaum zu beurteilen, welcher Staat langfristig verantwortlich mit der Hochrisikotechnologie umgeht. Dass Atomtechnologie in falsche Hände geraten kann, beweist der Fall Abdul Qadeer Khan. Der „Vater der islamischen Atombombe“ hat inzwischen eingeräumt, in den vergangenen 15 Jahren Iran, Nordkorea und Libyen mit Zeichnungen und Anlagen für den Atombombenbau versorgt zu haben. Ausgebildet wurde er u. a. in Deutschland und Belgien und kam in den Niederlanden mit der Technik der Urananreicherung in Berührung.
 35. Mit einem Ausbau der Atomenergie steigt durch die zunehmende Menge an kursierendem nuklearem Material auch das Missbrauchsrisiko. Allein für 2005 sind 103 Fälle von illegalem Handel mit atomarem Material dokumentiert. Wissenschaftler der Technischen Universität Darmstadt haben festgestellt, dass Uran deutlich leichter und schneller als bisher gedacht, so angereichert werden kann, dass es zum Bau von Atombomben zu gebrauchen ist.
 36. Bei der Wiederaufbereitung entstehen große Mengen hochgiftigen Plutoniums, mit dem Atombomben gebaut werden können. Es besteht die Gefahr, dass dieses Plutonium in die falschen Hände gerät. Ein Bericht der Projektgruppe International MOX Assessment (IMA) stellt fest, dass ein Laie für die Herstellung eines „schmutzigen“ Atomsprengsatzes mit reaktor geeignetem Plutonium nicht mehr Spezialisierung benötigt als für den Bau einer Bombe mit waffengeeignetem Plutonium. Anleitungen findet man im Internet.
 37. Die weltweit größte Studie über Uranbergarbeiter des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) kommt auf ca. 7.000 erwartete radoninduzierte tödliche Lungenkrebsfälle bei etwa 59.000 erfassten Bergarbeitern.
 38. Wiederaufbereitung verschmutzt die Weltmeere. 1997 maß Greenpeace am Abflussrohr der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague eine 17 Millionen Mal höhere Radioaktivität als in unbelasteten Gewässern.
-

Argumente zum Atommüll

39. Die Endlagerfrage ist bisher weltweit ungelöst: In keinem der 31 Staaten, die Atomenergie nutzen, ist ein Endlager für hochradioaktiven Abfall aus Atomkraftwerken in Betrieb.
40. Endlagerung wird niemals völlig sicher sein. Das zeigen massive Probleme im Atommüllendlager Morsleben und aktuell in der Schachtanlage Asse II. Im ehemaligen Endlager-Forschungsbergwerk Asse traten seit 2005 77.000 Liter radioaktiv kontaminierte Lauge aus, die ohne ausreichende Genehmigung entsorgt wurde. Die Sanierung des Bergwerks, welches entgegen der ursprünglichen Versprechungen weder standsicher noch trocken ist, wird immer teurer.
41. Die Halbwertszeit von Uran-238, das den größten Anteil in einem abgebrannten Brennstab ausmacht, beträgt 4,4 Milliarden Jahre. Über so lange Zeiträume sind Veränderungen in der Erdkruste nicht mehr sicher prognostizierbar. So kam es in einem Zeitraum von 10 bis 50 Millionen Jahren in der Vergangenheit zur Entstehung der Alpen und des Oberrheinalgrabens sowie zur Erweiterung des Atlantiks. Wer garantiert die Sicherheit der Endlagerstätten über einen so langen Zeitraum? Kein Mensch kann vorhersehen, was in den nächsten 10.000 Jahren passieren wird.
42. Niemand kann haftbar gemacht werden, wenn die Endlagerstätten sich weniger sicher erweisen als ursprünglich angenommen. Die Wahrscheinlichkeit, dass einer der Verantwortlichen dann noch lebt, ist äußerst gering.
43. Unter Berücksichtigung des Atomausstiegs werden allein in Deutschland im Jahr 2040 ca. 277.000 m³ schwach- und mittelradioaktive Abfälle sowie 29.000 m³ an hochradioaktiven Abfällen (entspricht ca. 17.200 Tonnen Schwermetall) angefallen sein. Mit jeder Stunde fortlaufenden Betriebs wächst die Menge an radioaktivem Müll. Eine Laufzeitverlängerung um zehn Jahre würde bis zu 4.500 Tonnen hochradioaktiven und ca. 8.000 m³ schwach- und mittelradioaktiven Abfall zusätzlich bedeuten.
44. Der spaltbare Anteil bei Natururan beträgt nur 0,7 Prozent. Dieser geringe Anteil muss erhöht (angereichert) werden, um den Reaktor betreiben zu können. Der überwiegende Anteil des Urans, nämlich mehr als 80 Prozent, wird bereits bei der Anreicherung Abfall.

45. Der Gehalt an Uran in natürlichem Gestein beträgt in aktiven Minen zwischen 0,1 und 5 Prozent, so dass für die Gewinnung des Natururans riesige Mengen an Erz gefördert werden. Entsprechend große Mengen an radioaktiv kontaminiertem Abraum und Aufbereitungsrückständen („Tailings“) fallen an, müssen von Menschen ferngehalten werden, belasten auf Dauer das Grundwasser und geben radioaktives Radongas ab. Beim Ausbau der Atomenergie müssten Uranvorkommen mit geringerem Urangehalt ausgebeutet werden. Die Abraumhalden würden noch stärker zunehmen.

Wohin mit dem Atommüll in Deutschland? *



* Quelle: BfS, Stand Anfang 2008

Erläuterungen zu den Endlagern: In Morsleben wurden zwischen 1971 bis 1998 schwach- und mittelradioaktive Abfälle eingelagert. In der Schachtanlage Asse II wurden von 1967 bis 1978 schwach- und mittelradioaktive Abfälle zu Versuchszwecken endgelagert. Das Endlager „Schacht Konrad“ ist genehmigt. Nach der geplanten Fertigstellung 2013 sollen schwach- bis mittelradioaktive Abfälle eingelagert werden. Der Salzstock Gorleben wurde von 1979 bis 2000 auf die Eignung als Endlager für radioaktive Abfälle aller Art geprüft. Bis 2010 gilt ein Moratorium.

Argumente zur Versorgungssicherheit

46. Deutschland muss 100 Prozent des benötigten Urans importieren. Die Erneuerbaren Energien sind die einzigen Energieträger, bei denen Deutschland vollständig unabhängig von Importen ist und die gleichzeitig den Klimaschutz sichern.
47. Uran ist ein seltener Rohstoff, dessen Reichweite ebenso begrenzt ist wie die von Öl und Gas. Zwischen 2000 und Juni 2008 ist der Weltmarktpreis von Uran auf das 20-fache gestiegen. Je mehr die Atomstromerzeugung ansteigt, umso früher erschöpfen sich die Uranvorkommen. Die Atomenergie bietet also keine langfristige Perspektive zur Energieversorgung. Die Erneuerbaren Energien sind dagegen unerschöpflich. Deren heute technisch nutzbare Potenzial übertrifft den derzeitigen weltweiten Energiebedarf um ein Vielfaches.
48. Ein Drittel des derzeit benötigten Urans stammt aus Lagerbeständen (Konversion von Atomwaffen). Diese werden in den kommenden Jahren aufgebraucht sein. Die beim Ausbau der Atomenergie erforderliche Ausweitung der weltweiten Uranförderung z. B. durch die Ausbeutung schwer zugänglicher Lagerstätten ist nicht nur sehr teuer, sondern auch mit einem erheblichen Energiebedarf und großen Umweltschäden verbunden.
49. Generell führt der Klimawandel zu einer Zunahme extremer Klimaereignisse. Die Atomlobby verschweigt gerne, dass auch Atomkraftwerke nicht unabhängig von Umwelteinflüssen sind. Bei Wassermangel, zu hoher Wassertemperatur in den Flüssen oder im Fall von Überschwemmungen müssen sie ihre Leistung drosseln oder ganz abgeschaltet werden. Dann müssen sehr schnell große Produktionskapazitäten ersetzt werden. Gleiches gilt bei den sich häufenden Abschaltungen durch Sicherheitsmängel. Fallen z. B. in Atomkraftwerken in Frankreich, Europas größtem Stromexporteur, ein paar tausend Megawatt Kraftwerksleistung aus, ist die Versorgungssicherheit in Europa ernsthaft gefährdet. Stromausfälle sind dann nicht mehr auszuschließen.

50. Durch das hohe Sicherheitsrisiko bei einer Panne oder einem Defekt müssen Atomkraftwerke bei Störfällen teilweise sehr lange vom Netz genommen werden. Häufen sich solche Vorfälle, d. h. mehrere AKW müssen abgeschaltet werden, so sorgen AKW nicht für Versorgungssicherheit, sondern gefährden diese.
51. Neue Atomkraftwerke wie der EPR (European Pressurised Reactor) in Finnland haben eine Leistung von 1.800 MW und mehr. Fällt so eine Anlage aus, muss innerhalb von Sekunden Ersatz geschaffen werden. Ohne ausreichende Reserveleistung kann das Netz instabil werden und ausfallen.
52. Bei einem weiteren GAU kann sich die Stimmung in der Bevölkerung so extrem gegen Atomkraft wenden, dass ein schnelleres Abschalten als bisher vorgesehen nötig wird. Dadurch kann es zu Versorgungsengpässen kommen. Ein gezieltes Abschalten und die rechtzeitige Vorsorge durch Stromesparung und Ersatzkraftwerke sind empfehlenswert.

Wie man sich irren kann ...

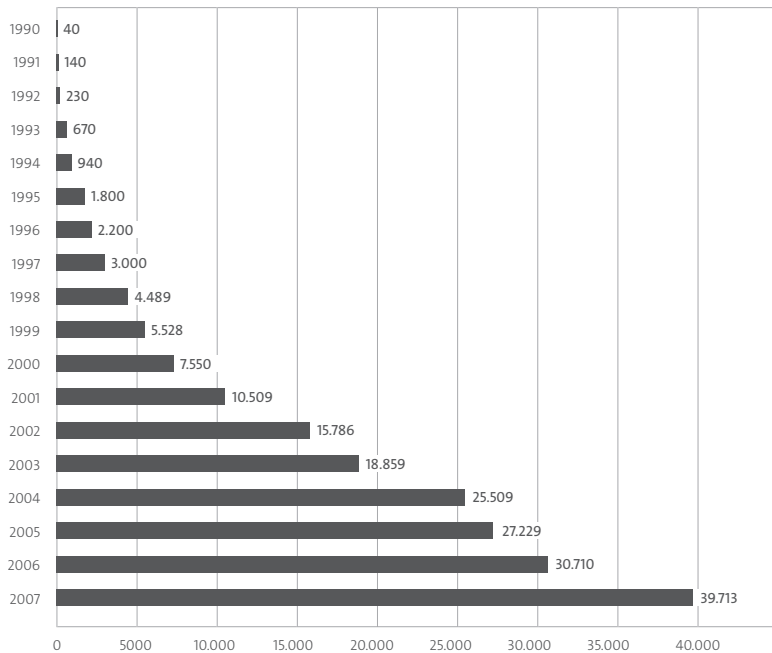
Noch am 22. Juni 1990 behauptete der Informationskreis Kernenergie in einer Anzeige in der Wochenzeitung DIE ZEIT, dass auf Grund der klimatischen Bedingungen in Deutschland Windenergie keinen wesentlichen Beitrag zur Stromerzeugung leisten kann. Dort heißt es:

„Die Dänen sind europäischer Spitzenreiter bei der Nutzung der Windenergie: 1988 wurde in Dänemark fast jede hundertste Kilowattsunde aus Wind erzeugt – das entspricht einem Anteil von 0,9 Prozent am gesamten Stromverbrauch. Eine vergleichbar intensive Nutzung der Windkraft ist in der Bundesrepublik wegen anderer klimati-

scher Bedingungen nicht möglich. Am gesamten Stromverbrauch deckte die Windenergie 1989 nur einen Anteil von 0,03 Prozent ab. Wir sind daher auch weiterhin auf andere umweltfreundliche Formen der Stromerzeugung angewiesen, wie zum Beispiel die Kernenergie, deren Anteil derzeit bei 40 Prozent der Stromproduktion liegt.“

Strombereitstellung aus Windenergie * in Deutschland von 1990 bis 2007

Stromerzeugung (Endenergie) in Deutschland in Gigawattstunden



* Quelle: BMU auf Basis AGGEE-Stat

Das Energieangebot aus Windenergie unterliegt natürlichen Schwankungen, die sich sowohl kurzfristig und saisonal als auch auf den gesamten Jahresenergieertrag auswirken.

Argumente zum Klimaschutz

53. Die Klima-Enquetekommission des Bundestages kam schon Anfang der 1990er Jahre einstimmig zu dem Ergebnis, dass die Atomkraft keinen Beitrag zur Lösung des Klimaproblems leisten kann.
54. Der Bau von Atomkraftwerken, Wiederaufbereitungsanlagen und Endlagerstätten ist mit CO₂-Emissionen verbunden.
55. Die Erschließung, der Abbau, Transport und Veredelungsprozess von Uran sowie die Aufbereitung der Brennstäbe verursachen erhebliche Mengen klimaschädlicher Gase.
56. Beim langwierigen, komplizierten Prozess des Rückbaus von Atomanlagen sowie bei der Suche, Erschließung, Nutzung und jahrhundertelangen Sicherung eines Endlagers wird CO₂ freigesetzt.
57. Da bei Atomkraftwerken die Abwärme ungenutzt bleibt, ist der Wirkungsgrad mit ca. 35 Prozent sehr viel geringer als bei Kraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung (ca. 90 Prozent). Die benötigte Wärme im Bereich Heizung und Warmwasser muss anderweitig erzeugt werden, was mit zusätzlichen Kohlendioxidemissionen verbunden ist. Die Klimabilanz eines Erdgas-Blockheizkraftwerks ist daher, laut einer aktuellen Studie des Ökoinstituts, ähnlich gut wie bei einem AKW, wenn man die zusätzlich nötige Wärmeerzeugung auf Öl- oder Gasbasis berücksichtigt. Dabei umfasst die Studie beispielsweise nicht einmal die durch die Endlagerung verursachten Emissionen.
58. Die Atomkraftwerksbetreiber fordern aus Klimaschutzgründen den Ausstieg aus dem Atomausstieg, setzen aber gleichzeitig massiv auf die klimaschädlichste Form der Energieerzeugung: Braunkohle.
59. International betrachtet fehlt der Atomkraft das nötige Potenzial, um als Lösung für den Klimaschutz in Frage zu kommen. Die Atomkraft deckt weltweit nur einen Anteil von ca. 2,5 Prozent des Endenergieverbrauchs, während Erneuerbare Energien bereits auf einen Anteil von 20 Prozent kommen. Um den Anteil der Atomenergie auf bescheidene 6 Prozent bis 2030 zu erhöhen, müssten, nach

Untersuchungen des Österreichischen Ökologie Instituts, 1.200 große AKW mit je 1.000 MW Leistung gebaut werden. 20 Jahre lang müssten also jährlich 60 neue AKW in Betrieb gehen. Das ist doppelt soviel wie jemals pro Jahr gebaut wurde. Der Uranbedarf würde von 70.000 Tonnen Uran jährlich auf ca. 210.000 Tonnen steigen. Im Jahr 2030 wären dann bereits 4 Millionen Tonnen Uran verbraucht. Das sind in etwa die gesamten heute bekannten Uranvorräte. Zudem wäre ein solcher Ausbau viel zu teuer.

- 60. Die zentralistische Struktur der Atomenergie verhindert den Umbau der Energieversorgungsstruktur hin zu klimafreundlichen, dezentralen Einheiten. Die schwer regelbare Atomkraft erschwert den dynamischen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Heute getroffene falsche Investitionsentscheidungen binden langfristig Kapital, das dann für Investitionen in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz fehlt. Durch Laufzeitverlängerungen wird die dringend notwendige Modernisierung der Energieversorgung verzögert.

Erneuerbare Energien leisten mehr zum Endenergieverbrauch als Atomkraft*

Deutschland 2007**	Primärenergiebeitrag	Endenergieverbrauch
Atomenergie	11 %	5,4 %
Erneuerbare Energien	6,7 %	8,5%

Um wirklich den Beitrag zur Versorgung vergleichen zu können, muss man den Endenergieverbrauch heranziehen, da der in Statistiken oft genannte Primärenergiebeitrag auch die z. B. in Kühltürmen verpuffte Abwärme enthält. Bei Erneuerbaren Energien wird sinnvollerweise nur die bereitgestellte Endenergie (z. B. in Form von Strom) berücksichtigt und nicht die (z. B. von der Sonne gelieferte Einstrahlungs-) Primärenergie. Aus der Tabelle wird deutlich, dass durch die Betrachtung der Primärenergienmengen die Tatsachen verfälscht werden. Bei der realistischeren Endenergiebetrachtung liefern die Erneuerbaren bereits im Jahr 2007 über 50 Prozent mehr Energie als die Atomkraft. Bei der Primärenergiebetrachtung entsteht dagegen der Eindruck, die Atomenergie hätte einen fast doppelt so großen Versorgungsbeitrag.

* Quelle: Energy Watch Group zur Anhörung „Energie- und Klimaschutzpolitik“ des Hessischen Landtages, 09/2008

** Berechnungen auf der Grundlage der veröffentlichten Zahlen der Bundesministerien für Umwelt und Wirtschaft

- 61. Mehrere neue Studien, z. B. das EWI/Prognos-Gutachten zum Energiegipfel 2007 oder die Leitstudie 2008 des Bundesumweltministeriums belegen, dass bis zum Jahr 2020 sowohl der Atomausstieg als auch eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 40 Prozent realisierbar sind.

Argumente zur Wirtschaftlichkeit

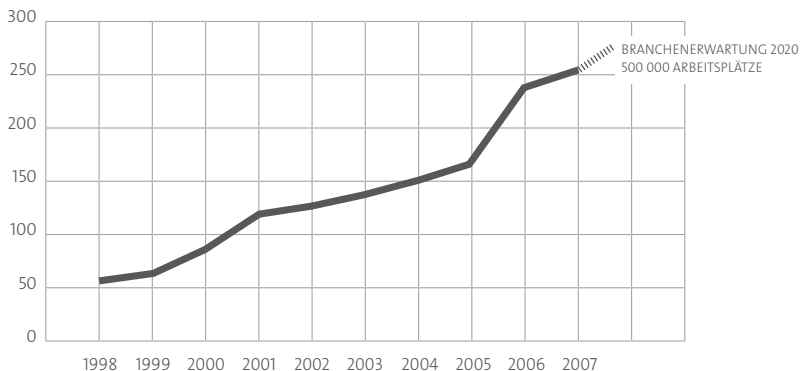
62. Es gibt keine Renaissance der Atomenergie. In den letzten zwei Jahrzehnten sind deutlich mehr Atomkraftwerke vom Netz gegangen als neue hinzugekommen. 2008 wurde erstmals seit 42 Jahren kein einziger neuer Reaktor in Betrieb genommen. Insgesamt produzieren vergleichsweise wenige Länder Atomstrom, wogegen es einen weltweiten Boom bei den Erneuerbaren Energien gibt, bei denen Deutschland Weltmarktführer ist. So wurde 2007 weltweit zehnmal mehr Windkraft- (20.100 MW) als Atomkraftwerksleistung (1.900 MW) neu ans Netz gebracht. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat sich zum Exportschlager entwickelt. Mittlerweile gibt es mehr Staaten mit einem solchen oder ähnlichen Förderinstrument als Staaten mit Atomkraftwerken. Bis zum Jahr 2030 erwartet selbst die „atomfreundliche“ Internationale Energieagentur (IEA) eine Verminderung des Anteils von Atomenergie an der gesamten (wachsenden) Stromproduktion von 15 auf 10 Prozent.
63. Eine Laufzeitverlängerung zementiert das Oligopol der großen Energiekonzerne. Ein Abbau ihrer marktbeherrschenden Stellung auf dem Strommarkt würde erschwert. Stadtwerke können sich den Bau großer Kraftwerke nicht leisten. Neue dezentrale kleine Kraftwerke und Erneuerbare Energien fördern dagegen den Wettbewerb. Eine dezentrale Stromversorgung mit breiter Eigentumsstreuung (Stadtwerke, Privatbetriebe etc.) fördert den Mittelstand und stärkt die Kommunen.
64. Durch Laufzeitverlängerungen würde die Investitions- und Innovationsdynamik der letzten Jahre bei der Entwicklung export- und zukunftsfähiger Technologien gebremst.
65. Außerhalb Deutschlands produzieren nur fünf AKW vom einzigen deutschen Reaktorbauer Siemens Strom. Der aktuelle Bau des Atomkraftwerks in Finnland ist der erste Auftrag für Siemens seit 1982. Dieser bringt dem Konzern mindestens 500 Millionen Euro Verluste und führte bereits zu einer Wertminderung der Aktien.
66. In der Atomindustrie sind nach Betreiberangaben direkt und indirekt 38.000 Menschen beschäftigt (Tendenz fallend), im Wirtschaftsbereich Erneuerbare Energien dagegen im Jahr 2007 bereits 250.000. Die Roland Berger

Unternehmensberatung erwartet, dass die Zahl im Jahr 2020 auf etwa 400.000 bis 500.000 Menschen steigt.

- 67. Die Investitionskosten für einen neuen Atomreaktor (derzeit mindestens 4-5 Milliarden Euro) sind so hoch, dass Atomkraftwerke erst nach sehr langer Laufzeit rentabel werden.
- 68. Der Bau von Atomkraftwerken treibt ärmere Länder noch tiefer in die Schuldenfalle und bindet Kapital, das in Erneuerbaren Energien besser angelegt wäre. In Argentinien wird z. B. seit 1981 am Atomkraftwerk Atucha 2 gebaut. Bisher hat es keinen Strom produziert, aber zur hohen Verschuldung des Landes beigetragen.
- 69. Im Jahr 2000 ist ein Vertrag zwischen der Bundesregierung und den Energiekonzernen, die Atomkraftwerke betreiben, über den Ausstieg aus der Atomenergie geschlossen worden. Seriöse Vertragspartner halten sich an Verträge!
- 70. Der Ausstiegsvertrag war schon ein Kompromiss, d. h. beide Seiten mussten von ihren Maximalforderungen abrücken. Man schließt keinen Kompromiss, um kurz darauf wieder seine alten Forderungen zu stellen. Dies ist unseriös und lässt auf mangelnde Vertrauenswürdigkeit schließen.

Erneuerbare Energien: Arbeitsplätze in 10 Jahren vervierfacht

Zahl der Arbeitsplätze in Tausend



* Quellen: BMU/AGEE-Stat, ZSW, DIW, BEE, Stand 3/2008

Fazit

Die Argumente gegen Atomenergie wiegen insgesamt so schwer, dass man die Atomenergie ablehnen muss. Selbst wenn man die Gefahren außer Acht lässt und alle anderen Nachteile ignoriert: Es gibt Alternativen zur Atomenergie, denen die Zukunft gehört.

Das schier unbegrenzte Potenzial der Erneuerbaren Energien in Verbindung mit den heute möglichen Einspar- und Effizienzmaßnahmen stellen Alternativen dar, die in nahezu allen Belangen der Atomenergie überlegen sind. Es ist eine Ausrede und ein Mythos, dass noch viel Zeit verstreichen wird, bis diese neuen Technologien auch umfassend Deutschlands Energieversorgung gewährleisten können. Allein die Zuwachsraten der Erneuerbaren Energien in den letzten Jahren beweisen das Gegenteil. Lag der Anteil der Erneuerbaren am Bruttostromverbrauch im Jahr 2000 noch bei 6,3 Prozent, so stieg er im Jahr 2008 auf über 15 Prozent. Bis 2020 soll der Anteil auf mindestens 30 Prozent wachsen. Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes werden Windkraftanlagen, Wasserkraftwerke, Solar- und Biogasanlagen im Jahr 2010 pro Jahr so viel Kilowattstunden Strom mehr als im Jahr 2000 produzieren, dass sie die Atomkraftwerke, die bis dahin stillgelegt werden, kompensieren.

Das Festhalten an der veralteten Atomenergie verzögert den Ausbau der Erneuerbaren Energien und behindert die Steigerung der Energieeffizienz, weil immer noch viel Geld in die Erforschung der Atomtechnologie gesteckt und hohe Subventionen für die Beseitigung alter Anlagen und des Atommülls aufgewendet werden. Selbst Befürworter der Atomenergie müssen eingestehen, dass diese trotz massiver Förderung und jahrzehntelanger Entwicklung weltweit nur etwa 2,5 Prozent des Endenergieverbrauchs deckt.

Die aktuelle Atomdiskussion ist deshalb völlig absurd. Es geht hier nur um Besitzstandswahrung und Gewinne, die lediglich wenigen Unternehmen, deren Managern und Aktionären zu Gute kommen. Gerade die großen Energiekonzerne haben es versäumt, rechtzeitig in die Zukunftstechnologie Erneuerbare Energien zu investieren. Es war lange Zeit ihre vorherrschende Strategie, die alten Energiestrukturen zu verteidigen und die Zukunftsenergien zu bekämpfen.

Mittlerweile gehen auch die atomfreundlichen Parteien CDU/CSU und FDP dazu über, die Atomenergie als Übergangs- oder Brückentechnologie zu bezeichnen. Dies beweist, dass auch sie die erheblichen Nachteile der Atomtechnologie erkennen und ihr keine Zukunft mehr einräumen. Trotzdem wollen Union und FDP weiterhin die Reaktorlaufzeiten verlängern. Das hat allein mit dem großen Druck der Atomlobby zu tun, die gerne weiterhin zusätzlichen Profit aus den veralteten Pannreaktoren ziehen will. Allen muss klar sein, dass jeder Euro, der in die Atomenergie fließt, für Zukunftsinvestitionen fehlt und dem Energieverbraucher nichts nutzen wird. Deshalb hält die SPD-Bundestagsfraktion am Atomausstieg fest.

Wir brauchen Technologien, die neue Arbeitsplätze schaffen und unsere Energieversorgung langfristig sichern. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt deshalb auf eine Energieversorgung, deren Grundpfeiler Einsparung, Effizienz und Erneuerbare Energien sind. Die Potenziale in diesen Bereichen werden immer noch unterschätzt. Mit bewussten Falschmeldungen wird zudem versucht, die angebliche Unverzichtbarkeit von Atomenergie zu belegen. So ist zum Beispiel die Versorgungssicherheit durch den Atomausstieg nicht gefährdet. Im Juli 2007 speisten zeitgleich sechs deutsche Atomkraftwerke keinen Strom ins Netz ein. Dennoch war die Versorgungssicherheit zu jeder Zeit gewährleistet. Deutschland konnte 2007 sogar 14 Milliarden Kilowattstunden Strom exportieren. Möglich wurde dies durch den starken Ausbau der Erneuerbaren Energien. Bei einem Verzicht auf Atomenergie entsteht also keine „Stromlücke“. Zu diesem Ergebnis kommt selbst der Monitoring-Bericht des atomfreundlichen Bundeswirtschaftsministeriums.

Es ist ein falsches Argument, dass die Erneuerbaren Energien nicht in der Lage sind, die Grundlastenergie bereitzustellen, weil beispielsweise der Wind nicht immer weht. Es ist möglich, eine bedarfsgerechte Stromversorgung durch eine Kombination verschiedener erneuerbarer Energieträger mit Speichertechnologien, einem verbesserten Nachfragemanagement und einer gesteigerten Energieeffizienz sicherzustellen. Unterschiedliche erneuerbare Energieträger lassen sich in sogenannten Kombikraftwerken zusammenschließen. Diese gewähren eine sichere und gleichmäßige Energieversorgung rund um die Uhr.

Mehr noch: Im Gegensatz zu Atomkraftwerken können sie auch kurzfristig auf die schwankende Stromnachfrage reagieren.

Es ist erstaunlich, wie lange CDU/CSU und FDP die wirtschaftliche Relevanz der Erneuerbaren Energien ignoriert haben. Deutschland ist bei diesen Zukunftstechnologien Weltmarktführer. Die Erneuerbaren Energien sichern schon heute über 250.000 Menschen – viele davon Facharbeiter – einen Arbeitsplatz. Diese Technologie ist deutlich arbeitsintensiver als die Atombranche. Zudem wird Strom aus Erneuerbaren Energien immer günstiger. Zeitweise senkt Windstrom an der Leipziger Strombörse sogar schon den gesamten Strompreis.

Die 70 hier angeführten Argumente belegen, dass Atomenergie aus ökonomischen, ökologischen und sicherheitspolitischen Gründen nicht zukunftsfähig ist. Die SPD-Bundestagsfraktion steht deshalb zum Atomausstieg. Der Ausstiegsbeschluss ist ein Kompromiss, der Extrempositionen zusammengeführt und dadurch einen lange schwelenden gesellschaftlichen Konflikt beendet hat.

Die einseitige Aufkündigung des Atomkonsenses durch die Atomwirtschaft werden wir nicht akzeptieren.

.....

Mitglieder der AG Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Sprecher

Marco Bülow

Stellvertretende Sprecher

Gerd Friedrich Bollmann

Heinz Schmitt

Weitere Mitglieder

Dirk Becker

Petra Bierwirth

Martin Burkert

Dr. Matthias Miersch

Marko Mühlstein

Detlef Müller

Christoph Pries

Frank Schwabe

Stellvertretende Mitglieder

Dr. Axel Berg

Martin Dörmann

Peter Friedrich

Rolf Hempelmann

Ulrich Kelber

Gabriele Lösekrug-Möller

Sönke Rix

René Röspel

Dr. Hermann Scheer

Reinhard Schultz

Andreas Weigel

Hinweise

www.spdfraktion.de/mdb/

Die Website der SPD-Bundestagsfraktion www.spdfraktion.de bietet unter dem Menüpunkt "Die Abgeordneten" weiterführende Informationen zu unseren Fraktionsmitgliedern; darunter die Kontaktdaten zu den Büros im Deutschen Bundestag und den Wahlkreisbüros. Außerdem bietet sie druckfähige Fotos der Abgeordneten, sowie Links zu den persönlichen Websites. Desweiteren werden auf den Seiten der Fraktionsmitglieder auch die Gremienzugehörigkeiten des Deutschen Bundestages angezeigt und - sofern aktuell vorhanden - Hinweise auf Veranstaltungen der Veranstaltungsreihe "Fraktion vor Ort".

www.spdfraktion.de/wk/

Die Wahlkreisübersicht ermöglicht anhand einer Karte über die Auswahl des Bundeslandes die geographische Auswahl eines Wahlkreises und des zuständigen Bundestagsabgeordneten.

www.spdfraktion.de/fraktion/

Unter der Rubrik „Fraktion“ finden Sie die Ausschussarbeitsgruppen mit Materialien und einer Liste der Mitglieder der Arbeitsgruppe. Darüber hinaus bieten wir ausführlichere Informationen zu unserem Fraktionsvorsitzenden und unserem Fraktionsvorstand.

Kontakt

SPD-Bundestagsfraktion
 Öffentlichkeitsarbeit, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
 Telefon (0 30) 227 57 133
 Telefax (0 30) 227 56 800
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

WWW.SPDFRAKTION.DE/UMWELT/ATOMENERGIE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION,
PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN,
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TEXT: MARK RUHRMANN, DR. INGO BAUTZ | STAND: FEBRUAR 2009
REDAKTION: ANJA LINNEKUGEL

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
FOTO: KLAUS VYHNALEK, NARVIKK - ISTOCKPHOTO.COM (S. 8),
OLEG KOZLOV - FOTOLIA.COM (S. 13)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT
AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES
WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.